

Hansestadt Stendal		Vorlage	Datum:	29.01.2019
Amt:	Stellvertreter des Oberbürgermeisters	Drucksachenummer: VI/988	Öffentlichkeitsstatus: öffentlich	
Az.:	SOB 10.01./2019			
TOP:	Petition zum Verkehrsprojekt Deutsche Einheit Nr. 3			
Auswirkungen auf die Ortschaften der Hansestadt Stendal:				
Belange der Ortschaften werden berührt.			<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein
Die betroffenen Ortschaftsräte werden angehört.			<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein
Das Zweitbeschlussverlangen kann geltend gemacht werden.			<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Beratungsfolge:		Beratungsergebnis:		
Stadtrat	am:	18.02.2019		

Finanzielle Auswirkungen:						
Finanzierung	<input type="checkbox"/> ja	Gesamtbetrag:		Euro	<input checked="" type="checkbox"/> nein	
Wenn ja		Produktkonto	Betrag			
Produktkonto (Ermächtigung)						Euro
<input type="checkbox"/> Ergebnisplan						
<input type="checkbox"/> Mehr-, <input type="checkbox"/> Minderaufwendungen						Euro
<input type="checkbox"/> Mehr-, <input type="checkbox"/> Mindererträge						Euro
<input type="checkbox"/> Finanzplan						
<input type="checkbox"/> Mehr-, <input type="checkbox"/> Minderausgaben						Euro
<input type="checkbox"/> Mehr-, <input type="checkbox"/> Mindereinnahmen						Euro
Folgekosten: <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein						
	<input type="checkbox"/> ja	Gesamtbetrag		Euro		
	<input type="checkbox"/> jährlich	Betrag		Euro	ab Jahr	
	<input type="checkbox"/> einmalig	Betrag		Euro	im Jahr	
Sichtvermerk der Kämmerin:						

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Hansestadt Stendal stimmt der anliegenden Petition (Anlage 1 Petition zum Verkehrsprojekt Deutsche Einheit Nr. 3) zu.

Begründung:

Die Hansestadt Salzwedel regt an, dass mehrere Kommunen eine gemeinsame Petition zum Verkehrsprojekt Deutsche Einheit Nr. 3 beschließen. Die Petition ist an folgende Institutionen gerichtet:

- die Mitglieder des Deutschen Bundestages der Regionen Uelzen, Wendland und Altmark,
- die Mitglieder des Niedersächsischen Landtages der Regionen Uelzen und Wendland,
- die Mitglieder des Landtages von Sachsen-Anhalt der Region Altmark,
- den Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur,
- den Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung des Landes Niedersachsen,
- den Minister für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt,
- die Konzernbevollmächtigten der Deutschen Bahn für Sachsen-Anhalt und für

Niedersachsen,
- den Präsidenten des Eisenbahn-Bundesamtes und
- den Vorstandsvorsitzenden der DB Netz AG

Die Petition soll Verbesserungen auf den Gebieten Finanzierung der Maßnahme durch eine Änderung des Eisenbahnkreuzungsgesetzes bewirken. Ziel ist es, den Eigenanteil der Kommunen, der bei Überbauwerken stets anteilig zu tragen ist, abzuschaffen. Ferner soll das Planungsverfahren transparenter gestaltet werden. Ein weiteres Anliegen ist es, die Finanzausstattung für den Straßenbau zu erhöhen und den Lärmschutz zu verbessern.

Die vorgenannten Belange betreffen rechtlich nicht unmittelbar die Belange der Ortschaften. Daher bedarf es keiner vorherigen Beschlussfassung durch die Ortschaftsräte.

Durch den Beschluss der Petition entstehen keine Kosten. Die Zuständigkeit des Stadtrates für die Beschlussfassung ergibt sich aus § 45 Abs. 1 S. 1 KVG LSA.

Um antragsgemäße Entscheidung wird gebeten.

Klaus Schmotz
Oberbürgermeister

Anlagenverzeichnis: Anlage 1 (Petition zum Verkehrsprojekt Deutsche Einheit Nr. 3)